



NIEDERSCHRIFT

über die 9. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 05.05.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 18:38



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Florian Maier

Vertretung für Herrn Demmerle

Armin Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertretung für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel



Die LINKE

Bastian Stock

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

bis 18:03 Uhr; TOP 4 Ö

Berichterstatter

Christine Baumstark

Hauptamt

Stefan Joritz

Rechtsamt

Martin Messemer

Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung

Sonstige

Sandra Diehl

Pressestelle

Nele Bernhart

Jugendbeirat

Schriftführer/in

Marc Siener

Entschuldigt

SPD

Hermann Demmerle

vertreten durch Herrn Maier

AfD

Christian Gies

vertreten durch Herrn Herrmann



Der Vorsitzende informierte über die Entwicklungen der Corona Pandemie. Die Stadt habe die schwierige Zeit bisher gut überstanden. Es sei an der Zeit allen Familien, Wirtschaftsvertretern, helfenden Kräften im Katastrophenschutz, Kliniken, Arztpraxen, Apotheken und allen anderen haupt- und ehrenamtlichen Helfern zu danken. Das Präventionsparadox, die eigenen Erfolge in Frage zu stellen, wäre bedauerlich. Der Stadtvorstand sehe mittlerweile ebenfalls die Notwendigkeit die getroffenen Maßnahmen zu lockern. Aus einem Gespräch mit dem Wirtschaftsminister ginge hervor, dass die künftigen Lockerungen nicht mehr spartenabhängig gemacht werden. Vielmehr würde die Möglichkeit, die Hygienemaßnahmen einhalten zu können, im Mittelpunkt stehen. Im Alltag müsse die AHA-Formel berücksichtigt und verinnerlicht werden. In der Stadt sei die Organisation eines großen Miteinanders gelungen, unter anderem seien bisher 50 Anträge für das Hilfsprogramm der Stadt eingegangen. Die allgemeine Wirtschaftslage sei weiterhin kritisch. Die Kommunen müssten durch einen kommunalen Rettungsschirm unterstützt werden. Auch die Stadt Landau müsse ihren Haushalt durch einen Nachtrag anpassen. Nach der aktuellen Prognose-Studie sei Landau durch einen guten Branchenmix unterdurchschnittlich stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Diese Prognose gebe Hoffnung und Optimismus für die Zukunft. Daneben müssten die Entwicklungen auf Landesebene weiter beobachtet werden. Zu den Großprojekten würden sicherlich das neu erlassene Nahverkehrsgesetz, die Unistruktur- oder Kommunalreform zählen. In den nächsten Wochen werde es einen anderen Alltag geben. Dazu zähle auch, dass die geplante öffentliche Veranstaltung zur Gedenkfeier des Kriegsendes am 8. Mai 2020 nicht in der gewünschten Form stattfinden könne. Stattdessen werde die Gedenkfeier im kleinen Kreis, zu dem der Stadtvorstand und die Dekane zählen, stattfinden und durch den offenen Kanal gefilmt. Die Gedenkfeier sei ab samstags über die entsprechenden Kanäle digital abrufbar.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Änderung der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt „Ergebnisse der Modal-Split Untersuchung für Landau in der Pfalz“ soll nach den Anträgen, als neuer TOP 5, beraten werden.

Der Hauptausschuss stimmte der Änderung einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsberuhigung in der Pestalozzistraße
Vorlage: 101/536/2020
3. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Weiterfinanzierung der Integrationshilfen für Menschen mit Behinderung bzw. erhöhtem Förderbedarf
Vorlage: 101/538/2020



4. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Begrenzung des Verkehrsbereiches um die Fußgänger*innenzone auf Tempo 20 bei zeitgleicher Öffnung der Straßen für alle Verkehrsteilnehmer*innen
Vorlage: 101/539/2020
5. Ergebnis der Modal-Split Untersuchung für Landau in der Pfalz
Vorlage: 660/226/2020
6. Aussetzung der Elternbeiträge im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie
Vorlage: 100/311/2020
7. Vergabe des Auftrages zur Wahrnehmung der Post- und Paketdienstleistungen ab dem 01.06.2020
Vorlage: 130/142/2020
8. Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigen und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe anlässlich der Corona-Krise
Vorlage: 320/017/2020
9. Störung der Geschäftsgrundlage in den Linienbündel-Konzessionsverträgen durch die Corona-Pandemie
Vorlage: 660/230/2020
10. Verschiedenes
- 10.1. Übersicht der Sitzungen städtischer Gremien im Mai und Juni 2020

Nichtöffentliche Sitzung

1. Niederschlagung durch Abschreibung von Gewerbesteuerforderungen und Zinsforderungen nach erlangter Restschuldbefreiung
Vorlage: 200/326/2020
2. Befristete Niederschlagung von Gewerbesteuerforderungen und Zinsnachforderungen
Vorlage: 200/327/2020
3. Eingruppierung des Abteilungsleiters IT-Infrastruktur
Vorlage: 110/165/2020
4. Beförderung des Sachbearbeiters beim Amt für Informationstechnik zum Stadtoberinspektor
Vorlage: 110/167/2020
5. Beförderung des Leiters des Amtes für Informationstechnik zum Amtsrat
Vorlage: 110/170/2020
6. Beförderung der Sachbearbeiterin für den Bereich Tax Compliance, Kämmereiabteilung, zur Stadtamtfrau
Vorlage: 110/169/2020



7. Besetzung der befristet ausgeschriebenen Sachbearbeiterstelle im Sozialdienst,
Sozialamt
Vorlage: 110/166/2020
8. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verkehrsberuhigung in der Pestalozzistraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Albrecht begründete den Antrag. Bei einem vor-Ort-Termin habe die Bürgerinitiative primär die Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung bemängelt. Zudem werde durch das veränderte Mobilitätskonzept ein höheres Verkehrsaufkommen erwartet. Die besondere Dringlichkeit für die Pestalozzistraße leite sich aus der Gefährdung der Fußgänger, insbesondere der Kinder, ab. Die Fraktion werde für die nächste Sitzung einen weiteren Prüfauftrag hinsichtlich der Langstraße stellen, bei der eine ähnliche Situation bestehe. Der Prüfauftrag sehe verschiedene Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung vor. Das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger müsse ernst genommen werden.

Beigeordneter Hartmann nahm zu den Ausführungen Stellung. Keine andere Straße habe in Relation zur Größe eine solche Aufmerksamkeit erhalten wie die Pestalozzistraße. Die bereits stattgefundenen Gespräche zwischen der Verwaltung und den Bewohnern würden bei einem vor-Ort-Termin fortgesetzt werden. Durch die Sperrung der Waffen- und Reiterstraße sei mit einer Reduzierung des Verkehrs in der Pestalozzistraße zu rechnen. Die Fachabteilung lehne aus grundsätzlichen Erwägungen die Errichtung von Einbahnstraßen ab. Studien würden belegen, dass Einbahnstraßen zu einer erhöhten Geschwindigkeit verleiten, da der Gegenverkehr normalerweise zur Verkehrsberuhigung führe. Erhöhte Geschwindigkeiten seien ein generelles Problem. Es gebe ebenfalls Konzepte für die Reduzierung des Busverkehrs im Innenring. Die Aufstellung eines Hinweisschildes und die Errichtung eines Fußgängerüberweges könnten umgesetzt werden. Andere Maßnahmen, wie die Errichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches oder Bremsschwellen, seien wegen der baulichen Voraussetzungen bzw. einer erhöhten Lärmbelastung für die Anwohner und Gefahrenlage für Radfahrer nicht sinnvoll. Da die Verwaltung bereits in regem Austausch mit den Anwohnern stehe und eine Prüfung bereits erfolgte, würde die Verwaltung die Ablehnung des Prüfauftrags vorschlagen.

Ratsmitglied Maier konnte den sachlichen Ausführungen folgen. Er bemängelte, dass die Stellungnahme nicht vorab mitgeteilt wurde. Es wäre unüblich einen Prüfauftrag abzulehnen.

Der Vorsitzende bestätigte, dass das Anliegen des Antrags bereits erfüllt wurde.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Annahme des Prüfauftrags. Die Bürgerinitiative müsse ernst genommen werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung das Thema bereits intensiv bearbeite. Weitere Maßnahmen könnten zum Teil erst nach den Baumaßnahmen in diesem Bereich beurteilt werden.

Ratsmitglied Freiermuth sah den Antrag durchaus kritisch. Jedoch wurden Prüfaufträge in der Vergangenheit immer angenommen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Verwaltung nur ihre Empfehlung aussprechen würde. Die Entscheidung über den Prüfauftrag würde das Gremium treffen.



Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich mit 7 Ja Stimmen und 9 Gegenstimmen ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Weiterfinanzierung der Integrationshilfen für Menschen mit Behinderung bzw. erhöhtem Förderbedarf

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Linken-Stadtratsfraktion vom 20. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist und die verteilte Tischvorlage.

Ratsmitglied Stock zog den Antrag aufgrund der Tischvorlage zurück. Die Tischvorlage ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende erläuterte die Vorgehensweise. Die Tischvorlage sei die Antwort auf einen offenen Brief. Das Sozialdienstleistereinsatzgesetz würde die Weiterfinanzierung der Sozialhilfen sicherstellen. Das Bundesgesetz wurde bisher noch nicht durch ein Landesgesetz umgesetzt. Die kommunalen Spitzenverbände hätten deshalb beschlossen, die Gelder bis zum in Kraft treten des Landesgesetzes in voller Höhe weiter zu zahlen. Danach werde das Gesetz die Finanzierung regeln.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Begrenzung des Verkehrsbereiches um die Fußgänger*innenzone auf Tempo 20 bei zeitgleicher Öffnung der Straßen für alle Verkehrsteilnehmer*innen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Linken-Stadtratsfraktion vom 24. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Stock begründete den Antrag. Um das Abstandsgebot einhalten zu können, sollten die angesprochenen Straßen für Fußgänger geöffnet werden. Damit könne ein Beitrag zur angespannten Infektionslage geleistet werden. Gleichzeitig müsste die Geschwindigkeit des Autoverkehrs gesenkt werden, um die auf der Straße laufenden Personen nicht zu gefährden.

Beigeordneter Hartmann nahm zu den einzelnen Punkten Stellung. Die Einführung einer Begegnungszone sei in Rheinland-Pfalz rechtlich nicht umsetzbar. Es gebe derzeit lediglich in Berlin zwei Probestraßen. Die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches sei aufgrund der baulichen Voraussetzungen und der Frequentierung der Straße nicht möglich. Die Einrichtung eines verkehrsbedingten Geschäftsbereiches sei aufgrund der Anzahl der Betriebe lediglich in der Königsstraße möglich. Die Senkung der Geschwindigkeit von 30 km/h auf 20 km/h spiele für die Verkehrssicherheit keine übergeordnete Rolle. Insgesamt wäre von dem Antrag inhaltlich nicht viel umsetzbar. Die Verwaltung würde die Ablehnung des Antrags empfehlen, da der Antrag die Umsetzung und nicht die vorherige Prüfung fordere.

Der Hauptausschuss lehnte den Antrag mit 2 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 11 Gegenstimmen ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Ergebnis der Modal-Split Untersuchung für Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Abteilung Mobilität und Infrastruktur vom 15. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Herr Hartmann habe die Mitglieder des Mobilitätsausschusses bereits über die Untersuchungsergebnisse informiert. Das Land habe durch den heutigen Erlass des Nahverkehrsgesetzes die Forderung der kommunalen Spitzenverbände umgesetzt und den ÖPNV zur Pflichtaufgabe erklärt.

Beigeordneter Hartmann informierte über die Untersuchung. Die Universität Dresden habe im Jahr 2018 über 1000 Landauer Bürger in 400 Haushalten über deren Mobilitätsverhalten befragt. Obwohl die Untersuchung vor der großen öffentlichen Debatte um den Klimawandel im Jahr 2019 durchgeführt wurde, wären die Zahlen durchaus positiv. Über 60% der Befragten würden die ökologischen Fortbewegungsmittel nutzen, obwohl die damalige Infrastruktur nicht auf dem heutigen Niveau war. Die zentrale Fragestellung sei, wie die unterschiedlichen Distanzen zurückgelegt werden. Es könne festgehalten werden, dass die innerstädtischen Wege nur selten mit dem Auto zurückgelegt werden. Jedoch würden beim Pendelverkehr über 10 Kilometer rund 20 % den PKW benutzen. Er setzte die Ziele, die innerhalb der nächsten Dekade erreicht werden sollen. Im Binnenverkehr werde eine Erhöhung des Radfahreranteils von 30% auf 35% und ÖPNV-Anteils von 2% auf 10% angestrebt. Zudem soll den Arbeitnehmern eine ernsthafte Alternative zum Auto geboten werden. Für die Nutzung des Jobtickets werden Gespräche mit unterschiedlichen Unternehmen geführt.

Ratsmitglied Heidbreder zeigte sich erfreut über das spannende Zahlenwerk. Die Mobilität sei im Wandel. Immer weniger Jugendliche würden den Autoführerschein machen. Die Stadt Landau bewege sich auf dem richtigen Weg. Sie sehe großes Potential, da bereits über 80% der Landauer einen Zugang zu einem Fahrrad hätten. Ein Viertel der Besitzer würden ihr Fahrrad sogar täglich nutzen. Verbesserungsbedarf bestehe primär bei den längeren Wegen. Der Referentenentwurf zum Nahverkehrsgesetz müsse zunächst publiziert werden, um ihn bewerten zu können. Den Familien müsse ein sinnvolles und umweltfreundliches Angebot gemacht werden.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck zog aus den Untersuchungsergebnissen Rückschlüsse für die weitere Verkehrsplanung. Im Binnenverkehr würden nur 2 % den ÖPNV nutzen. Die Stadt müsse den Ansporn besitzen, eine höhere Akzeptanz für den ÖPNV zu erreichen. Dies sei Voraussetzung um die Klimaschutzziele zu erreichen. Auf Initiative der CDU konnte der Landau Takt eingeführt werden. Die mittleren bis langen Wege zu den Stadtdörfern oder Arbeitgebern müssten verbessert werden.

Ratsmitglied Maier erinnerte an den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, welcher die Erklärung des ÖPNV zur Pflichtaufgabe forderte. Herr Dr. Ingenthron habe damals diese Untersuchung in Auftrag gegeben. Eine zentrale Frage wäre, wann die Landauer ihr Auto benutzen. Das wäre oftmals bei der Fahrt zur Arbeit außerhalb des Stadtgebietes. Deshalb müsste der Landau Takt mindestens zu einem Südpfalz Takt erweitert werden.

Ratsmitglied Freiermuth vermutete, dass die Zahlen seit dem Jahr 2018 gestiegen wären. Das Fahrrad würde in Landau gut genutzt werden, weshalb der Ausbau der Radinfrastruktur sinnvoll wäre. Aufgrund der ländlichen Regionalstruktur wären aber viele Personen auf das Auto angewiesen. Er habe ebenfalls die Statistik gelesen, dass



weniger junge Menschen ihren Führerschein machen würden. Jedoch würden viele die Ablegung der Führerscheinprüfung später nachholen. Das Auto würde auch nicht zu vergessene Vorteile mit sich bringen. Die FWG habe in der Vergangenheit einen Antrag zur Einführung einer flexiblen Mobilität gestellt.

Ratsmitglied Herrmann stärkte die Bedeutung des Autos für die Landauer Bürger. Es müssten genügend Parkmöglichkeiten für die Autofahrer vorhanden sein.

Ratsmitglied Dr. Migl schrieb dem Radverkehr eine große Bedeutung zu. Besonders müsste auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer geachtet werden. Aktuell seien die Busfahrpläne benutzerunfreundlich gestaltet. Der akute Handlungsbedarf dürfe nicht allzu lange aufgeschoben werden. Landau sei auf einem guten Weg eine klimafreundliche Stadt zu werden. Ihn war es wichtig, die Arbeitgeber bei der ÖPNV Planung miteinzubeziehen.

Ratsmitglied Silbernagel sah den Wandel der Mobilität in Städten. Die Untersuchung sei ein guter Grundstock für die Festlegung weiterer Maßnahmen. Es müsste ein Mobilitätskonzept entwickelt werden, welches alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt.

Ratsmitglied Stock warb für ein nachhaltiges Verkehrskonzept. Der ÖPNV müsse sich in den nächsten Jahren verbessern. Die Studie sei eine gute Basis für weitere Maßnahmen.

Beigeordneter Hartmann informierte über verschiedene Aspekte. 70% der Landauer hätten privat in Stellplätze investiert. Weniger als 25% seien auf das Parken im öffentlichen Raum angewiesen. In der Vergangenheit war stets die Debatte geführt worden, wie viel Geld in die Radinfrastruktur investiert werden soll. Die Strecken über 10km würden etwa 17% der Gesamtstrecken ausmachen. Im Umkehrschluss müssten sich sehr wohl die meisten Wege innerhalb des Stadtgebietes befinden.

Der Vorsitzende war der Überzeugung, dass dieses zentrale Thema die Verwaltung und Gremien weiter intensiv beschäftigen wird.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Aussetzung der Elternbeiträge im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 24. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Wie bereits in der April Sitzung besprochen, sollte die Aussetzung der Elternbeiträge bei einer längeren Schließung der Einrichtungen verlängert werden. Die Vorlage beinhaltet zudem die Fortschreibung für eventuelle Folgemonate. Jedoch würde es Hinweise geben, dass auch die Kitas schrittweise wieder geöffnet werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, vorbehaltlich einer verlängerten Schließung, die Elternbeiträge für die außerunterrichtliche Betreuung an Grundschulen und der Kindertagesstätten für den Monat Mai auszusetzen. Die Aussetzung der Beiträge gilt auch für die Notbetreuungen.

Sofern die Schließung der Einrichtungen verlängert werden sollte, gilt die Aussetzung bis zur Öffnung der Einrichtungen auch für die Folgemonate.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Vergabe des Auftrages zur Wahrnehmung der Post- und Paketdienstleistungen ab dem 01.06.2020

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 27. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Bei einer maximalen Laufzeit von 4 Jahren könnten ca. 65.000 Euro eingespart werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt,

1. den Auftrag zur Wahrnehmung der Briefpostdienstleistungen über den Rahmenvertrag der Zentralen Beschaffungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz (ZBL) ab dem 01.06.2020 an die Firma Postcon Konsolidierung GmbH zu vergeben.
2. den Auftrag zur Wahrnehmung der Paketdienstleistungen über den Rahmenvertrag der Zentralen Beschaffungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz (ZBL) ab dem 01.06.2020 an die Firma DHL Paket GmbH zu vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Erlass städtischer Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung gegenüber erlaubnispflichtigen und erlaubnisfreien Gaststättengewerbe anlässlich der Corona-Krise

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 28. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In Rheinland-Pfalz werde es wohl eine zeitnahe Entscheidung zur Wiedereröffnung der Gastronomie geben. Dabei spiele die Außengastronomie vermutlich eine große Rolle, da insbesondere im Außenbereich die Hygienemaßnahmen eingehalten werden können. Dabei sollten die Kosten für die Sondernutzungsgebühren keine Rolle spielen. Der Erlass gelte für das Jahr 2020. Die Stadt sei gewillt, der Gastronomie größere Flächen zur Außenbestuhlung einzuräumen, sofern dem keine konkurrierenden Bedenken entgegenstehen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt die Vorlage für sinnvoll. Der Gastronomie werde eine Perspektive geboten. Auch die Befristung halte sie für angemessen.

Ratsmitglied Saßnowski begrüßte im Namen der Fraktion die Vorlage. Neben den größeren Flächen im Außenbereich, könnten auch längere Öffnungszeiten für die Gastronomen interessant sein. Die Regelung wäre erst effektiv, wenn das Land die bisherigen Regelungen für die Gastronomie lockert.

Ratsmitglied Lerch sah die Notwendigkeit den Gastronomen zu helfen. Die CDU habe bereits vor Wochen ein Konzept zur Wiedereröffnung gefordert. Die Landesregierung arbeite derzeit an einem Stufenplan. Durch den Erlass der Sondernutzungsgebühren würde die Stadt ein wirtschaftliches und moralisches Zeichen setzen. Die Erhaltung der Bewirtungskultur sei ein Nutzen für alle Landauer.

Ratsmitglied Maier stand der Vorlage positiv gegenüber. Den Gastronomen müsste eine Perspektive zur Wiedereröffnung gezeigt werden. 97 Prozent der in der Gastronomie arbeitenden Menschen seien in Kurzarbeit. Die Ministerpräsidentin hatte bereits die Wiedereröffnung angekündigt. Demnach wäre Rheinland-Pfalz bereit einen eigenen Weg zu gehen, sofern sich die Länder nicht einigen können. Die SPD werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth beschrieb die kritische Situation der Branche. Den Fixkosten würden keinerlei Einnahmen gegenüberstehen. Die Stadt könnte und sollte den Gastronomen helfen. Unter Berücksichtigung der Sicherheitsmaßnahmen könnten zumindest einige Einnahmen generiert werden.

Ratsmitglied Herrmann sah in dem Erlass der Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung einen guten Anfang. Es müsste jedoch auch eine Alternative für Gastronomen ohne Außenbereich oder Regenwetter geschaffen werden. Der Erlass weiterer Gebühren, wie der GEMA- oder GEZ-Gebühren, würden ebenfalls zur Entlastung der Gastronomen beitragen.

Der Vorsitzende versicherte, dass sich der Stadtvorstand bereits frühzeitig mit der Thematik befasst habe. Die Branche habe einen hohen Anteil an der Wirtschaftskraft in der Region. Die Stadt könne nur in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich aktiv werden. Durch den Erlass der Sondernutzungsgebühren würde die Stadt auf Einnahmen in Höhe von 100.000 Euro verzichten. Zudem wäre die Maßnahme ein deutliches Zeichen an die örtliche Gastronomie.



Ratsmitglied Silbernagel bewertete die Maßnahme als den richtigen Weg. Die Innenstadt lebe von der Gastronomie.

Ratsmitglied Stock stimmte der Vorlage zu. Es sei eine kreative Art der Unterstützung. Aber es müssten die Hygienemaßnahmen eingehalten werden, um die Infektionslage nicht zu verschlimmern.

Beigeordneter Grassmann versicherte, dass der Infektionsschutz bei den Überlegungen berücksichtigt wird. Daneben müsste die öffentliche Sicherheit, wie zum Beispiel die Einhaltung des Brandschutzes, sichergestellt werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss ermächtigt die Verwaltung, einen Erlass für städtische Sondernutzungsgebühren für Flächen zur Außenbewirtung bis zum 31.12.2020 zu gewähren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Störung der Geschäftsgrundlage in den Linienbündel-Konzessionsverträgen durch die Corona-Pandemie

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Infrastruktur vom 23. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Zwar konnte der reguläre Busverkehr wiederaufgenommen werden, jedoch wäre auch diese Branche stark von der Corona Pandemie betroffen gewesen. Ohne die städtische Unterstützung sei die Insolvenz des Unternehmens zu erwarten. Da eine Neuausschreibung vermutlich schwierig sei, wäre die Unterstützung alternativlos. Welche Größe die gesamte Unterstützung umfasse, könne derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Überzeugung, dass 100.000 Euro wohl nicht ausreichen werden. Sie fragte nach der geschätzten Gesamtsumme.

Der Vorsitzende konnte keine konkrete Summe nennen. Es wäre von möglichen Bundes- und Landesmitteln abhängig. Mit dieser Hilfe könnte der Betrieb der nächsten Wochen gesichert werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt zur Sicherstellung des ÖPNV-Angebotes/Busbetriebes die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln nach § 100 I GemO in Höhe von 100.000 Euro.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Vorgriff auf den Nachtragshaushalt 2020 bereitgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Schowalter fragte, ob die Reduzierung der Öffnungszeiten des Corona Testzentrums kein falsches Signal wäre. Zudem wären Stichproben durchaus sinnvoll.

Der Vorsitzende beschrieb die Vorgehensweise. Die Testungen seien an bestimmte Voraussetzungen, zum Beispiel an das Vorliegen einer ärztlichen Bescheinigung, geknüpft. Die Öffnungszeiten würden sich am Bedarf orientieren. Der Impuls hierfür komme von dem Gesundheitsamt. Parallel könnten Patienten die Corona Ambulanz aufsuchen. Hier könnten neben den ärztlichen Untersuchungen auch Testungen durchgeführt werden. Er könne kein Versorgungsdefizit feststellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10.1. (öffentlich)

Übersicht der Sitzungen städtischer Gremien im Mai und Juni 2020

Der Vorsitzende informierte über die Gremienarbeit in den nächsten Wochen und verwies dabei auf die Tischvorlage, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Ausschusssitzungen werden grundsätzlich im alten Kaufhaus stattfinden, damit die Hygienemaßnahmen eingehalten werden können. Die Ortsbeiräte würden in geeigneten Räumlichkeiten im jeweiligen Stadtteil tagen. Der Hauptausschuss am 9. Juni finde bereits um 16:00 Uhr in der Festhalle statt. Unter anderem werde die Sparkasse die Gremien der Stadt Landau, Stadt Edenkoben und des Landkreises Südliche Weinstraße über die geplante Fusion informieren. Das Land plane eine Änderung der Gemeindeordnung, um Beschlüsse über Telefonkonferenzen oder das Umlaufverfahren zuzulassen. Die Übertragung der Kompetenzen des Stadtrates auf den Hauptausschuss stellte sich als kluge Strategie heraus. Dadurch würde bei der Stadt Landau kein Beschlussdefizit bestehen. Jedoch würden die Beratungen in den Fachausschüssen fehlen.

Ratsmitglied Dr. Migl hätte sich bereits eine Sitzung des Stadtrates im Mai gewünscht. Sie fragte nach, ob der Schulträgerausschuss nicht tagen würde.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Terminierung den zuständigen Dezernenten überlassen wurde. Er werde Herrn Dr. Ingenthron diesbezüglich nochmal ansprechen.



Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 05.05.2020 umfasst 19 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 64.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Marc Siener
Schriftführer

Alexander Grassmann
Beigeordneter